

Er scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an:

A. Bebel, Petersstraße 18, F. Thiele, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementspreis für Preußen incl. Postgebühren 16 Ngr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Ngr. per Quartal. Agent für London A. Duenning Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C. Filialerpedition für die Vereinigten Staaten: F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Abonnementseinladung.

Wir bitten alle Leser und Parteigenossen, sich zum neuen Quartal für weitere Verbreitung des „Volksstaat“ zu bemühen und namentlich durch die div. Lokalpresse dahin zu wirken. Das Abonnement erneuere man jetzt schon, um die unangenehme Verzögerung, die sonst bei Beginn des neuen Quartals eintritt, zu vermeiden.

Im nächsten Quartal wird der „Volksstaat“ wieder regelmäßiger in ganzen (Doppel-) Nummern erscheinen. Die Parteigenossen in den Vogel v. Falkenstein'schen Provinzen ersuchen wir dringend, in ihren Lokalblättern den „Volksstaat“ zu empfehlen und bekannt zu machen daß namentlich nach aufgegebenem Belagerungszustand, alle Postämter wieder Bestellungen auf den „Volksstaat“ annehmen. Mit 1. April beginnt das neue Quartal.

Wir machen die geehrten Abonnenten des „Volksstaat“ darauf aufmerksam, daß im neuen Quartal der Prozeß gegen unsere angeklagten Braunschweiger Parteigenossen: Braße, Spier, Ehlers, Bonhorst und Gralle, sowie der Angeklagten in Leipzig, Parteigenossen Liebknecht, Bebel und Hepner, ausführlich erscheinen wird.

An die Leser.

Am Dienstag, 28. März, Nachmittags sind unsere Parteigenossen Liebknecht, Bebel und Hepner auf Antrag des Staatsanwalts gegen Handgeldlohn aus der Unterjuchungshaft entlassen worden.

Durch dieses erfreuliche Ereignis ist die mir obgelegene Aufgabe erledigt, weshalb ich unterm Heutigen die Redaktion des „Volksstaat“ wieder an die früheren Redakteure abgebe. Carl Hirsch.

Politische Ueberacht.

Die „Befreiung“ enthält die Notiz, daß der Fürstentum, in welchem Bismarck erhoben, nicht, wie der Fürst bei Blücher, ein persönlicher, sondern ein erblicher sei. Für das Fürstentum dürfte, wie die „Bf.“ meint, das heutige Vermögen und Einkommen des Ministers zu spärlich bemessen sein, eine neue Dotation wird demnach doch wohl notwendig werden.

Es wurde vor einiger Zeit berichtet, wie bei Gelegenheit einer Wahlversammlung ein früherer Redakteur des „Völkchen“, Herr Adomeit aus Gerschen, von einem Menschen in der Uniform eines Gensdarmen auf offener Straße angefallen und eines Exemplars der „Insterburger Zeitung“ beraubt wurde. A. denunzierte bei der Staatsanwaltschaft und erhielt umgehend Bescheid, die Sache betreffe einen Militär und sei an das Kommando der Gensdarmen-Brigade gegangen. Jetzt nach vielen Monaten erhielt A. folgenden Bescheid: Königsberg, 24. Februar 1871. Kommando der 1. Gensdarmen-Brigade. J. Nr. 406 J. An Herrn W. Adomeit zu Gerschen bei Gumbinnen. Auf Ihre an die Staatsanwaltschaft zu Gumbinnen und von dieser zur resjortigen Erledigung hierher übergebene Denunziation gegen den bes. Gensdarmen (Name unleserlich) vom 5. November v. J. wird Ihnen hiermit eröffnet, daß, da der r. — sich bei der von Ihnen zur Sprache gebrachten Gelegenheit, wie die stattgehabte gerichtliche Untersuchung ergeben, keinerlei Ueberschreitung seiner Dienstbefugnisse schuldig gemacht, Ihr Strafantrag, wie hiermit geschieht, zurückgewiesen werden muß.

Der Oberst und Brigadier v. Jankow.

Was heißt gerichtliche Untersuchung? — fragt der „B.“ und B.-Fr. Adomeit hat nie etwas davon erfahren, ist nie nach seinen Zeugen gefragt worden. Thatsache ist und bleibt aber, er ist auf offener Straße beraubt worden und, wie sich jetzt aus der Antwort des Herrn v. J. schließen läßt, von einem wirklichen Gensdarm, der dazu da ist, das Eigentum zu schützen. Sein Eigentum hat A. auch nach dieser gerichtlichen Untersuchung (?) nicht zurück erhalten. Der Staat scheint ihn nicht schützen zu wollen; was aber wäre geschehen, wenn A. sich selbst geschützt und den Räuber niedergeschlagen hätte? Dann hätte es wahrscheinlich geheißen: Widerpflichtigkeit gegen einen Beamten, und A. wäre zur Strafe gekommen.

Einen sehr peinlichen Eindruck haben die in Berlin bekannt gewordenen Veruntreuungen gemacht, die sich eine vornehme Dame, welche verschiedenen, aus Anlaß des Krieges zusammengetretenen Vereinen als Vorstands- oder Bezirksdame angehörte, zu Schulden kommen ließ. Die Summen waren nicht unbedeutend, sollen aber meist gedeckt sein. Die in Rede stehende Dame hat ihren Wohnsitz in Berlin bereits aufgegeben. — Und mit diesem Wohnsitz aufgeben ist also das geführt und abgethan, was bei Marktendern mit Zuchthaus bestraft worden ist, bemerkt die „Zukunft“! — Die Dame ist ein Frä. Hennicke, Verwandte des Stadtraths Hennicke.

Die Gerüchte, daß eine Vereinbarung der deutschen Fürsten über eine demnächst zu erlassende allgemeine Amnestie bestehe, werden als durchaus unbegründet bezeichnet. —

Ein in Bayreuth von den Schneidgerhilfen unternommener Streik hat dadurch ein Ende gefunden, daß ein Theil der Meister die verlangte Lohnerhöhung von 25 pCt., ein anderer Theil 15 bis 20 pCt. bewilligte.

Der „Deutsche Demokrat“ bringt folgende Anfrage: „Herrn Ferdinand Freiligrath, Freiheitsdichter außer Dienst in Stuttgart. Vor einigen zwanzig Jahren sangen Sie eines Tages ein gar herrliches Lied von der „Schleichenden Niedertracht, den schmutzigen West-Kalmuden.“ —

Sie kannten diese Völkerschaft damals sehr genau, und werden somit auch wohl darüber Auskunft geben können, wo diese West-Kalmuden hingekommen sind, die wir gegenwärtig in allen Ihren neuen Poesien vermischen. Sind sie vielleicht nach Asien ausgewandert? — Wir ersuchen Sie um gefällige Auskunft über dies räthselhafte Verschwinden einer ganzen, großen Völkerschaft.

Einige wißbegierige Deutsche.

Zur Abreise Napoleons wird dem „Fest. Journ.“ aus Kassel geschrieben: „Der Zug, mit welchem dieselbe erfolgte, führte die Bezeichnung: „Extrazug des Kaisers der Franzosen von Wilhelmshöhe nach Siegen.“ Sowohl dem Zugpersonal, als den Stationsbeamten war die Weisung zugegangen, nur in „guter“ Uniform zu erscheinen. Wie wir hören, hat er dem Personal für seine Bedienung eine Gratifikation von je 25 Thlr. verabreichen lassen. Die kurz vor seiner Abreise eingetroffene Nachricht von den in Paris stattgehabten Unruhen versetzten ihn und seine Umgebung in große Aufregung. — Die Abreise geschah nach stattgehabter Parade der Kasseler Garnison und unter militärischer Musik und Honneurs.“

Wir haben bereits gezeigt, daß die Sympathien aller Freunde der Freiheit nicht der reaktionären Nationalversammlung und Regierung in Versailles, sondern den Pariser Arbeitern gebühren. Es ist leicht nachzuweisen, daß auch vom deutschen Interesse aus nur der Erfolg der sozialen Republik zu wünschen ist. Wir wollen Frieden, die französischen Arbeiter auch, Thiers dagegen, der mit Recht beschuldigt wird, Rheingelüste stets gehegt zu haben, die erste Gelegenheit ergreifen, durch einen neuen deutsch-französischen Krieg die innern Wirren zu vertagen. — Deutschland braucht Geld, um seine Invaliden zu ernähren, seine Kriegsschulden zu bezahlen u. s. w., Thiers hat kein Geld, die Besitzer der 5 Milliarden sitzen in der Nationalversammlung und werden sich hüten, sich selbst hoch zu besteuern; die Andern aber haben nichts! Nur die Arbeiter können die Kriegsschuldung sehr leicht zahlen, indem sie sie Denjenigen auferlegen, die den Krieg gemacht haben. Das Central-Komitee läßt in seinem „Journal officiel“ einen Brief veröffentlichen, der sich über die Vertheilung der Kriegsteuer folgendermaßen ausspricht:

- „Da das bewegliche und unbewegliche Vermögen Frankreichs ungefähr 310 Milliarden, die Zahl der Familien aber 13,950,000 beträgt, so ergibt eine einfache arithmetische Proportion folgende Resultate: 1. Gruppe: 7,200,000 Familien. Nothdürftig in jeder Hinsicht, arbeiten zum niedrigsten Lohne, besitzen Lumpen, sind nur Arbeits-Werkzeuge: 10 Milliarden. 2. Gruppe: 3,600,000 Familien. Arbeiter, welche Grund und Boden oder das Handwerkszeug besitzen, um für eigene Rechnung zu arbeiten: 20 Milliarden. 3. Gruppe: 1,800,000 Familien. Niedere Bourgeoisie, Kleinhandel: 40 Milliarden. 4. Gruppe: 900,000 Familien. Mittlere Bourgeoisie, Großhandel: 80 Milliarden. 5. Gruppe: 450,000 Familien. Großgrundbesitzer, große Capitalisten: 160 Milliarden.“

Nun denn, mögen die Vermögen dieser letzteren Gruppe, welche zum größten Theil aus den Organen und Günstlingen des laienlichen Banditismus besteht, mit einer Steuer von 3—4 pCt. belegt werden, und man wird sofort die von der deutschen Raubsucht geforderte Summe aufgebracht haben.“

Was die Eintreibung dieser Steuer betrifft, so scheint sie das Leipz. Tagebl. für schwierig zu halten, es scherzt darüber. Die Eintreibung wäre nicht nur schwierig, sondern unmöglich, wenn Leipziger Stadträthe in der Steuerkommission säßen; das wird aber schwerlich der Fall sein, sondern Leute mit offenen Augen.

Wie leicht sind die 5 Milliarden aufzubringen, wenn man will! Haupturheber des Krieges sind u. A., Schneider, Fould, Pereire, Korißbonne, David, Bamberger, Rothschild, Erlanger. Es ist nur gerecht, daß sie für den Schaden mit ihrem Vermögen eintreten. Dasselbe beträgt aber weit mehr, als 5 Milliarden.

Das amtliche Journal der Revolution sagt: „Das Central-Komitee der Nationalgarde ist entschlossen, die Bedingungen des Friedens zu respektiren. Nur scheint es ihm sehr gerecht zu sein, daß die Urheber dieses verfluchten Krieges, dessen Leiden wir ertragen, den größten Theil der Kriegsschuldung entrichten, welche unsere unarmherzigen Feinde uns auferlegten.“

Der Vorgänge auf dem Vendomeplatz erwähnt das amtliche Organ des Central-Komitees mit seinem Worte. Die Organe der Bewegung, wie die „Kommune“ und die „Nouvelle République“ finden das Verfahren der Nationalgarde auf dem Vendomeplatz ganz in der Ordnung. Die „Kommune“ macht wenigstens als entschuldigenden Umstand die allerdings ganz unbeglaubigte Thatsache geltend, daß zuerst Einer aus der Menge auf die Nationalgarde mit einem Revolver geschossen und ihr einen Mann getödtet hätte; die „Nouvelle République“ aber berichtet über jene Vorgänge wie folgt:

„Gestern gegen 1 Uhr Nachmittags begannen die „Freunde der Ordnung“, die ehemaligen Vereinigten Kräfte“, auf's Neue die Ruhe in den Straßen und auf den Boulevards zu stören. Dieser Haufe von Reaktionären bedeckte den Fahrweg, hunderte den Wagenverkehr und erschreckte die Spaziergänger. Die Wätherer riefen: „Wir sind die Freunde der Ordnung!“ und beschimpften die Bürger, welche sich ihnen nicht anschließen wollten. Dann wandte sich die Gruppe nach dem Vendomeplatz, wo ein Bataillon Nationalgarde mit 2 Kanonen stand. Dasselbe wurde mit den schmächtigsten Schimpfworten überhäuft: „Räuber, Mörder! Wir werden Euch Alle fesseln lassen!“ Ein Offizier tritt vor und forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen; er wird beim Kragen gepackt und der Säbel wird ihm entrissen. Erst jetzt machte die Nationalgarde von ihren Waffen Gebrauch. Fünf Personen wurden getödtet, etwa zehn verwundet. Die Rue de la Paix war im Nu gesäubert; die Kafés und Läden der Boulevards schlossen sich in aller Eile.“

Daselbe Blatt meldet, daß eine große Anzahl von ehemaligen Polizeibeamten und sonstigen Anhängern des Kaiserreichs, darunter der Exsenator Bonjean und die Polizeiagenten Derest und Geraud, verhaftet worden wären, und es bedroht alle „Anhänger der Ordnung“, welche nichts Anderes als verkappte Bonapartisten wären, mit demselben Schicksale. Endlich behaupten die dem Central-Komitee günstig gestimmten Blätter, daß der General Ducrot in Versailles von seinen eigenen Leuten erschossen worden wäre.

Die Festsetzung der Kommunalwahlen in Paris auf den 26. März wurde von Seiten des Central-Komitees mit zwei Proklamationen begleitet, in denen es eine vollständige Darstellung der Entstehung der Revolution vom 18. März giebt. Nach Aufzählung aller Fehler, welche die Regierung begangen hat, heißt es in dem ersten dieser Schriftstücke:

„Wir erhielten als Pfand für unsere Reorganisation Kanonen zurück, die wir bezahlt und vor den Preußen gerettet hatten. Man hat versucht, sich derselben nächtlicher Weile und mit bewaffneter Hand zu bemächtigen. Man wollte nichts zugeben; es müßte ein Druck geübt werden und wir erhoben uns friedlich, aber in Masse. Man wendet uns heute ein, daß die in Angst gesetzte Nationalversammlung für einen (nicht bestimmten) Zeitpunkt die Wahl des Gemeinderathes und unserer Führer verspricht und daß daher unser Widerstand gegen die Regierung keinen Zweck mehr hätte. Das ist ein schlechter Einwand. Wir sind zu oft schon getäuscht worden, um uns noch weiter täuschen zu lassen; die linke Hand würde wieder nehmen, was die rechte Hand gegeben hat und das Volk würde noch einmal bei Seite geschoben und das Opfer der Lüge und des Verrathes sein.“

Eine gute Lehre für jedes Volk. In der zweiten Proklamation heißt es gegen den Schluß: „Eine Republik lebt weder von kostspieligen administrativen Launen, noch von halbbrecherischen Spekulationen, sondern von Freiheit, Sparsamkeit, Arbeit und Ordnung. Die Republik soll den Einklang der Interessen herstellen und nicht die einen den anderen zum Opfer bringen. Die Fragen der fälligen Zahlungen und der Miethen können nur von den Vertretern der Stadt gelöst werden, die im beständigen Verkehr mit ihren Mitbürgern sind. Man darf sie ebenso wenig als irgend ein anderes Interesse der Stadt den Launen einer Regierung preisgeben, welche in den meisten Fällen nur dem Parteigeiste gehorcht. Nicht anders verhält es sich mit der Frage der Arbeit, die da die einzige Grundlage des öffentlichen Lebens, die einzige Wurzel des ehrlichen Geschäftsverkehrs ist. Die Bürger, welche ein von undebachten Regierungen eingeleiteter und geführter Krieg ihrer Arbeit entziehen hat, können nicht durch eine sofortige Einstellung des Soldes ins Elend gestoßen werden. Eine Uebergangsperiode muß anerkannt, eine Lösung muß ehrlich angestrebt, ein Kredit muß der Arbeit bewilligt werden, vermöge dessen der Arbeiter vor dem Elend geschützt und bald in der Lage sein wird, seine resjortive Emanzipation zu erwirken. Diese und viele andere Fragen wird Euer Gemeinderath lösen müssen und zwar mit Berücksichtigung des Rechtes Aller, denn er wird sich nicht erlauben, ohne Jedermann gehört zu haben; verantwortlich und absehbar wird er unter der beständigen Ueberwachung der Bürger stehen. Endlich wird er über die Beziehungen der Stadt zu der Centralregierung zu verhandeln haben, so zwar, daß die Unabhängigkeit und Autonomie der Gemeinde gesichert und gewährleistet ist.“

Das „Amtliche Journal“ des Central-Komitees giebt in seinem nicht offiziellen Theile eine Rechtfertigung der Kämpfe auf dem Vendomeplatz, die darauf hinausläuft, daß die Nationalgarde der angegriffene Theil gewesen sei. Der amerikanische General Sheridan, welcher von einem Fenster der Rue de la Paix den Vorgängen zugehört hatte, bezeugt, daß aus dem Volke auf die Nationalgardisten geschossen worden wäre. An der Spitze des Haufens hätten bekannte Bonapartisten, wie Heeckeren u. gestanden.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht fernerhin folgende Note: „Das Central-Komitee erfährt, daß Individuen, welche als Nationalgardisten verkleidet, aber als ehemalige Gensdarmen und Stadtsergeanten erkannt worden sind, auf die preussischen Linien geschossen haben. Das Komitee macht bekannt, daß es, wenn ein solcher Fall sich wiederholen sollte, die Schuldigen ergreifen und auf der Stelle niederschließen lassen wird. Die Sicherheit der ganzen Stadt erheischt diese Gewaltmaßregeln.“

Ein Decret des Central-Komitees ordnet an, daß die militärischen Gewalten von Paris in die Hände der drei zu Generalen ernannten Bürger Brunel, Eudes und Duval gelegt werden sollen, welche vereinigt zu handeln hätten, bis der durch Affirmation zum Oberbefehlshaber ernannte General Garibaldi eingetroffen sein wird.

Der „Nord“ meldet aus dem Haag, daß der holländische Vorschlag, das Prinzip der Unverletzlichkeit des Privat-Eigentums zur See auf der Brüsseler Friedenskonferenz anerkennen zu lassen, mit Erfolg getöndt zu sein scheint. Oesterreich hätte einen ähnlichen Schritt bei dem Fürsten Bismarck gethan.

Folgende offizielle Wahlergebnisse der Pariser Kommunalwahlen sind bekannt: Assy, Viktor Hugo, Byat, Blanqui, Flourrens, Delescluze, Desmarests, Barlin, Chef der Pariser Internationalen, Rogeard, Arnould, Gambon. Von 180,000 Stimmentzetteln stimmten 120,000 für das Central-Komitee und 60,000 für die ehemaligen Municipalitäts-Mitglieder. Von den 92 gewählten Kommunalrathen sind 75 Anhänger des Central-Komitees.

Aus Marseille wird vom 24. gemeldet: „Hier ist die Kommune proklamirt worden. Der Präsekt, der kommandirende

General und der Maire sollen gefangen sein. Die Bewegung hat sich ohne Unordnung und ohne Blutvergießen vollzogen. Eine Proklamation der Führer des Aufstandes bewegt sich in gemäßigten Ausdrücken und hat guten Eindruck gemacht. Die Bevölkerung der Stadt zeigt sich erstaunt, aber ruhig. Die Arbeit ist nirgends unterbrochen worden.

In St. Etienne wurde in der Nacht vom 24. das Stadthaus von den Aufständern gestürmt. Dieselben nahmen den Maire und den Oberst der Nationalgarde gefangen. Früh Morgens wurde Generalmarfch für die Nationalgarde geschlagen. Die Aufständern räumten das Stadthaus, welches wieder von der Nationalgarde besetzt wurde.

Der italienische Finanzminister hat der Kammer ein Finanzgesetz vorgelegt, das dem einigen Italien die Emission von 150 Millionen in Banknoten mit Zwangslauf, Erhöhung aller direkten Steuern einschließlich der Vermögenssteuer um ein Zehntel bringt. Das wahrscheinliche Defizit für 1872 beträgt 270 Millionen. Da wird denn das Königthum wohl eher ausgewirkt haben als Mancher denkt.

Einem Brief der „Gironde“ aus Madrid vom 19. entnehmen wir: „Man hat hier selten eine ähnliche Aufregung der Geister beobachtet. Die verschiedenen Parteien greifen einander täglich heftiger an und die Opposition fängt an, eine „unpersönliche“ zu werden. Das definitive Resultat der Wahlen ist: 44 Jöderativ-Republikaner, 20 Unitar-Republikaner, 40 Carlisten, 11 Alphonisten und 23 sogenannte Konservative, die jedoch nicht im Mindesten daran denken, die savoyardische Monarchie „konserviren“ zu wollen. Die Majorität besteht aus etwa 200 Mitgliedern, die sich aus der unionistischen, progressivistischen und demokratischen Partei rekrutiren.

„Der König und die Königin zeigten sich sehr häufig der Bevölkerung, von der sie jedoch stets mit der ausgesprochensten Gleichgültigkeit empfangen werden. Man kann ohne Pessimismus behaupten, daß die neue Monarchie in Spanien nicht lebensfähig ist. Nicht allein, daß der Adel, der in Spanien noch eine ziemliche Macht repräsentirt, sich der Monarchie nicht anschließen will, er fängt sogar an, Widerstand zu leisten. Die wenigen Grafen und Marquis, die der vergoldeten Krone des jungen Amadeus ihre Ergebenheit bewiesen haben, werden von ihresgleichen mit sehr scheelen Augen angesehen.“

Eine Versammlung von Mitgliedern der in London existirenden demokratischen und radikalen Vereine gab den Anlaß zu einer Interpellation im Unterhause. Unter dem Vorsitz von George Odger zusammengetreten, hatte die Versammlung die folgende Resolution angenommen:

„Wir, die gegenwärtige Versammlung bildend, nachdem wir aufmerksam die vielen fruchtlosen Versuche verfolgt, welche im Hause der Gemeinen gemacht wurden, um die rücksichtslose Verausgabung der Gelder des Volkes, die stets in verschwenderischen Unkosten resultirt, einzuschränken, und uns für überzeugt halten, daß jede unter dem gegenwärtigen System gebildete Regierung so sehr unter dem Einflusse der wenigen privilegierten Familien steht, die gegenwärtig Stellung und Ehre in der Nation monopolisiren, daß sie zu der breiten und vielumfassenden Gesetzgebung, die im Interesse des industriellen Gemeinwehens dringend gefordert wird, unfähig ist, — erklären, daß eine republikanische Regierungsform die einzig fähige ist, um die großen Hilfsquellen des Landes zu entwickeln, und des Vertrauens und der Unterstützung aller wahren Demokraten würdig ist.“

Die Versammlung hatte darauf, um den ausgesprochenen Tendenzen einen praktischen Ausdruck zu geben, die Gründung eines republikanischen Centralkomite's beschlossen, und einen Exekutiv-Rath und General-Komite gewählt, um eine Adresse an das Land in ihrem Sinne auszuarbeiten.

Lord Bentinck interpellirte im Unterhause den Premierminister, ob dieser Beschluß zu seiner Kenntniß gebracht worden sei, ob er die Rechtsrätze der Krone bezüglich des hochverräterischen Charakters solcher Worte zu Rathe gezogen habe, und ob, falls die Sprache der Revolution wirklich als hochverräterisch erachtet werde, Schritte gethan werden sollten, um auf dem Wege des Gesetzes gegen die Urheber einzuschreiten.

Gladstone erwiderte, „der Regierung sei allerdings mitgetheilt, daß am Mittwoch ein republikanisches Comité eine der Herstellung der Republik in England günstige Resolution gefaßt habe. Die Regierung beabsichtige indessen nicht, bei den Kronjuristen anzufragen, ob jene Resolution ein Akt des Hochverrats sei, und verzichte überhaupt auf jedes Einschreiten, sie vertraue vielmehr der Loyalität des englischen Volkes.“

Im Reichstag hatten Schrap und 26 Mitglieder der Fortschrittspartei den Antrag auf schnelle Freilassung Babels gestellt. Die Nationalliberalen — an der Spitze Biedermann und Stephani — stellten den Gegenantrag: „Den Reichskanzler um Auskunft über den Stand der Sache zu ersuchen.“ Dieser freisinnige Antrag bezweckte nichts als Babels Haft zu verlängern. Denn Bismarck konnte sofort, oder auch vielleicht nach vier Wochen, nur erklären, „daß die Sache ihn gar nichts, sondern nur die ordentlichen Gerichte angehe, — was natürlich die Biedermänner auch ganz gut wußten. Mittlerweile aber war die Session geschlossen, und die „Volksvertreter“ hatten den Genuß, unsere Freunde noch länger im Gefängniß zu wissen. Sie haben eben die Gelegenheit nicht verüben lassen können, ihren persönlichen Haß, ihre Loyalität, ihre Angst vor einem Mann und — ihre „Freisinnigkeit“ zu zeigen, mit einem Wort: sich zu blamiren.“

In der in Zwickau am 28. März stattgefundenen Schwurgerichtssitzung wurde Jungbahn (Drucker des „Bürger- und Bauernfreundes“) und der Segler Gnaul, beide wegen Drucks des „demokratischen Soldatenliedes“ (Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne u. s. w.) der Vorbereitung zum Hochverrath angeklagt, nach glänzender Vertheidigung durch die Herren Advokaten Freytag aus Leipzig und Freytag aus Plauen freigesprochen.

Aus Apenrade schreibt man der „Zukunft“: „Auf eine Anfrage, wann das Verbot wider die Zeitungen „Baderland“ und „Dagbladet“ wegfallen würde, hat General Vogel von Falkenstein unterm 16. d. geantwortet, daß das Verbot ohne weiteres außer Kraft trete, sobald der „Kriegszustand“ aufgehoben werde, was in kürzester Frist zu erwarten stehe. Falls die Aufhebung nicht vor dem 1. April erfolgt ist, soll demnach auch für das nächste Quartal der „Volksstaat“ in Norddeutschland eine verbotene Frucht sein. Wir werden sehen. Man sagt übrigens, daß verbotene Früchte am besten schmecken.“

Herr von Schweiger kündigt an, daß ihm keine Bitten

von seinem Vorhaben abbringen werden, das Präsidium des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins niederzulegen. Das Vereinsorgan sammt Schulden überläßt er großmüthig der Partei, die er auch fernerhin zu bemuttern verspricht; auch will er dem Verein für einen gewissenhaften Nachfolger sorgen.

Der Rücktritt des Herrn v. Schweiger wäre vor zwei oder drei Jahren ernst genommen worden; heute wird er von Jedem für eine Komödie gehalten.

Hoffen wir, daß die Generalversammlung des A. D. A. V., die Ende dieses Monats stattfindet, zu der von allen aufrichtigen Sozialisten so sehnlich gewünschten Verständigung führt.

Die rothe Fahne auf dem Stadthause von Paris,

eine sich republikanisch nennende Regierung zu Versailles, der Geburtsstätte des Absolutismus, und über Beiden haufend, auf den Höhen um Paris, eine Armee von feindlichen Truppen — das ist ein Schauspiel, wie man wohl vergeblich sonst in der Geschichte suchen wird.

Was bedeutet die rothe Fahne? Was will das Volk von Paris?

Wir sagen: das Volk von Paris! Denn es ist eine Lächerlichkeit, wenn die Versailler Regierung von „einigen Unzufriedenen“ spricht.

Energie und Umfang der Erhebung strafen diese Bezeichnung Lügen!

Das von den Aufständischen gewählte Centralkomitee bezeichnet als sein Programm die Begründung der wahren Republik! d. h. es betrachtet die Herren in Versailles nicht als Vertreter der wahren Republik, es mißtraut ihnen.

Hat es dazu wohl Anlaß?

Wer der Geschichte des bonapartistischen Staatsstreiches eingedenk ist, wer sich erinnert, wie die Majorität der Versammlung in Bordeaux gegen Garibaldi aufgetreten ist, dessen Opfermuth sie ihre Anerkennung ebenso versagte, wie der Wahrheit, daß er der einzige französische General sei, der nicht geschlagen worden — wer sich erinnert, wie in der Versammlung von Bordeaux der General Ducrot (der in bekannter Weise der preussischen Gefangenschaft entwich, dann brambasirte, er wolle nur todt oder als Sieger nach Paris zurückkehren, um sich schließlich als Besiegter durch die Luft zu retten) der reaktionären Mehrheit seine Dienste für den innern Bürgerkrieg zur Verfügung stellte, der muß sich sagen, daß Grund zum Mißtrauen gegen die Versailler Pläne vollauf und genug vorhanden war.

Als Präsident Louis Bonaparte seinen Staatsstreich vollführte, da warf er sich zum Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechts gegenüber der reaktionären Mehrheit der damaligen Pariser Nationalversammlung auf, die geführt wurde von denselben Männern, welche jetzt in der Versailler Versammlung sitzen (Thiers, Dufaure etc.). Und diese Vertheidigung des allgemeinen Stimmrechts gab ihm eine moralische Sanction in den Augen Derer, welche ihres Stimmrechts beraubt werden sollten.

Frankreich hat jetzt eine ebenso reaktionäre, unter dem Druck des Kriegs und der Invasion gewählte Nationalversammlung, und der große Staatsmann Thiers kündigt wieder ein „Wahlgesetz“ an — — — — — Darf es da wundern, wenn man einen neuen Staatsstreich keinen sieht?

Nicht genug! Herr Thiers und seine Gehilfen, die seinerzeit beim Staatsstreich gefangen und beseitigt wurden, weil Bonaparte zu Allem bereit Abenteuer unter den Offizieren fand, Männer, welche sich nicht scheuten, Hand an die Volksvertreter zu legen, vertraut das Heer und die Polizei ehemals Napoleon sehr ergebenen kaiserlichen Generälen und Polizeichefs (Binoy, Valentin) — kann eine größere Verblendung existiren?!

Nicht genug! Die gefährlichste Waffe für eine freie Verfassung ist eine unter strenger militärischer Subordination gehaltene stehende Armee — und Herr Thiers, der Mann der Republik, will die Nationalgarde in Paris entwaffnen!!! —

Jedenfalls sind die Pariser schlauer, als Herr Thiers sie sich gedacht hat. Nach allen Berichten hat die Erhebung eine ungeahnte Stärke gewonnen.

Bereits haben sich Lyon und Marseille angeschlossen: Menotti Garibaldi Kommandant der Nationalgarde von Paris, Ricciotti Garibaldi an der Spitze der Nationalgarde von Lyon — da ist die Republik in guten Händen!

Nur Eins scheint der Revolution noch zu fehlen: ein organisatorisches Genie nach der Art Gambetta's. Ohne ein solches dürfte sie ihre Aufgabe zu lösen kaum im Stande sein.

Die reaktionäre Presse schreit natürlich Beh und Jammer über die Ereignisse. Das „Leipz. Tageblatt“ hält das Auftreten eines „energischen Generals“ für nöthig, die Wiener „Neue Freie Presse“ sieht in dem Verlangen von Geldern der Bank im Betrage von einer Million den innern Kommunismus, obwohl noch keine siegreiche Revolution anders verfahren ist, als das öffentliche „Geld zu nehmen, wo sie es findet“, um es aber später zurückzuerstatten, und am Reisten wird ausgebeutet die Tödtung zweier Generale, deren Einer auf das Volk hat feuern lassen, während der Andere in Zivilkleidern nach Spionierart eine Barricade abgezeichnet hat.

Wer sich erinnert, welche Gräueltat bei der Contrerevolution in den Jahren 1848, 1849 und 1850 begangen worden sind (man denke z. B. an den Tod des augenkranken Prinzen von Schwarzburg in Dresden!), ohne daß man dafür die Führer verantwortlich machen kann, der muß, bei aller Mißbilligung der Ausschreitungen Einzelner, darüber anders denken.

Im Gegenheil: verglichen mit dem Umfange der Erhebung, ist dieselbe bis jetzt im Ganzen sehr unblutig verlaufen.

Herr Thiers ist allem Anscheine nach seiner Aufgabe wenig gewachsen! Eine Regierung, die sich so schwach im Handeln wie im Verhandeln zeigt, ist verloren.

Eigenthümlich ist die Stellung der Armee. Soweit sie mit den Aufständischen in Berührung gekommen, ist sie übergegangen, seitdem unter die Nationalgarde eingereicht, die damit bedeutend an Kraft und Stärke gewonnen hat. Daß die um Versailles versammelten Truppen Stand halten werden, ist sehr zu bezweifeln.

Unter solchen Umständen darf es nicht Wunder nehmen, wenn ein Pariser Times-Korrespondent nach London schreibt: Die einzige Armee, die Paris bändigen könne, sei die deutsche.

Aber Thiers wie die deutschen Heerführer werden es sich zweimal überlegen, diesem Gedanken Verrücktheit zu geben. Es wäre dies die offene Bestätigung dessen, womit die Aufständischen jetzt schon alle Soldaten an sich gezogen haben, des Wortes: Ob sie für die Preußen kämpfen wollten? Die militärische Unterstützung der Versailler Regierung wäre gleichbedeutend mit der politischen Tödtung derselben.

So sind denn die deutschen Truppen in der Lage, abwarten zu müssen, was Paris gegen sie thun werde.

Das Centralkomite hat erklärt, daß es nichts unternehmen werde gegen die Friedenspräliminarien, und das ist ihm wegen seines Ursprungs und der schweren Verantwortlichkeit, die es sonst auf sich laden würde, wohl zu glauben.

Ob aber eine neue definitive Regierung das Gleiche thun wird? Wer vermöchte das zu sagen?

Schon wird die Befürchtung allgemeiner, daß der jetzt abgeschlossene Frieden nichts sein möchte, als ein Waffenstillstand, auf den ein noch viel grauenhafterer Krieg folgen könnte.

Fragen könnte es sich dann nur, ob dieser Krieg ein bloßer Nachkrieg sein, oder ob es sich um ein höheres Ziel handeln werde.

Das Erscheinen der Söhne Garibaldi's an der Spitze der Erhebung läßt ahnen, daß die Zeit nahe ist, wo die Republik ihren Gang thun wird durch Europa, daß in Frankreich der Grundstein gelegt werden soll zu den „Vereinigten Staaten von Europa.“

Ob sich das verwirklichen wird, steht allerdings noch dahin. Auch die bonapartistische Partei ist thätig, die Spaltung für sich auszubenten, von Neuem das Kaiserthum aufzurichten.

Aber der Nimbus des Kaiserthums ist verblüht. Zu frisch ist die Schmach, die es auf Frankreich geladen. Ein Kaiserthum braucht einen Kaiser. Der es war, ist dahin; der es werden soll, kann es noch nicht sein. Mit einer Regentenschaft kann kein Kaiserthum regieren.

So ist es immer noch die Republik, welche die meisten Ausichten hat, und neben den neueren Berichten aus Paris berechtigt die Proklamation des Centralkomite's, daß seine Mission nach Beendigung der Wahlen erledigt sei und daß es den Neugewählten Platz machen werde, zu der Annahme, daß die Erfolge der revolutionären Partei die Häden der Versailler Staatsstreichlustigen gründlich durchschnitten haben, und daß die rothe Fahne auf dem Stadthause zu Paris in ehrlicher Absicht aufgepflanzt und gehalten wurde. Die unlauteren Hände, die sich in Paris so viel zu schaffen machten, haben ebenso fruchtlos in diesem Kampfe spekulirt, als die fanatischen und blöden Kommunistenriecher und Sozialistenhasser in und außer Paris geschürt, verkleumdet und gewüthet haben.

Wenn ein dauerhafter Frieden, wenn Gerechtigkeit auch unter Staaten und Völkern am Herzen liegt, der kann ruhig in die Zukunft blicken!

(Er. Bürger- u. Bauernfreund.)

Die Zürcher Spektakelabende.

Hoffentlich wird Niemand von uns erwarten, daß wir unter diesem Titel die Geschichte der tumultuarischen Vorgänge schreiben, welche während der Abende und Nächte des 9., 10. und 11. März die Bewohner von Zürich und Umgebung in eine mehr oder weniger heftige Aufregung versetzten und ein nicht geringes Erstaunen verursachten bei Allen, die das sonst so nüchterne Zürcher Volk kennen.

Ebenjowenig gedenken wir eine „tiefe Entrüstung“ auf die eine oder andere Seite abzuladen — es ist leider von den verschiedensten Seiten genug Stroh zum Feuer getragen worden — wir wollen in ruhiger Weise erklären, wie es kam, daß das nüchterne Zürich der Schaulust dererartiger unnüchterer Aufführungen werden konnte. Dabei schicken wir als selbstverständliches voraus, daß zweckloses Brüllen und Toben, zweckloses Dreinschlagen und Fenstersteinwerfen sehr unsinnige, unanständige und gemeine Sachen sind, die ein denkender Mensch nicht thut. —

Nachdem durch den Abschluß der Versailler Verträge das mittelalterliche deutsche Kaiserreich wieder auferstanden war, lud ein Komitee von deutschen Professoren und „Herren“ die in Zürich wohnenden deutschen Landsleute zu einem „Kommers“ ein, wo die „Neugestaltung Deutschlands“ gefeiert werden sollte. (Das Wort „Kommers“ ist bei den Studenten im Gebrauch und ist gleichbedeutend mit Bankett). Diese Feier war auf den 2. Februar festgesetzt.

Da kamen aber Ereignisse von der höchsten Bedeutung, Paris kapitulirte und die französische Ostarmee wurde über die Schweizergrenze gedrängt; dadurch wurde unsere Bevölkerung in große Aufregung versetzt und man unterließ den Kommers, d. h. man schob ihn auf. Und nun sollte er am 9. März abgehalten werden.

Aber die Mehrzahl der hiesigen Bevölkerung hat keine deutschen Sympathien, am allerwenigsten Sympathien für die jehige „Neugestaltung Deutschlands“, die hiesige Bevölkerung hat im Gegentheil national-französische Sympathien. Diese national-französische Sympathien wurden natürlich noch bedeutend verstärkt durch die Erklärung der Republik, durch die Misserfolge Frankreichs und durch die Anwesenheit internirter Franzosen.

Vom international-menschlichen Standpunkte aus ist natürlich jeder nationale Fanatismus eine verwerfliche Sache, gerade wie vom menschlich-religiösen Standpunkte der orthodoxe (Rechtgläubigkeits-) Fanatismus. So sehr wir auch beide Sorten von Fanatismus hassen, so sehr wir sagen müssen, der nationale und religiöse Fanatismus steht dem menschheitlichen Kulturfortschritt im Wege, so wenig können wir jetzt auf die eine oder andere Seite ein scharfes, liebloses Urtheil fällen, jetzt, wo der blutige Massenmord rings um uns her den nationalen Fanatismus so riesenhaft aufgebläht hat.

Es fanden sich also bei den Ereignissen am Donnerstag (9. d. M.) zwei nationale Hochstulzen aufgestaut einander gegenüber — sie sollten auf einander prallen, denn es fehlte jedes gegenseitige Verständniß, welches etwa hätte eine Ausgleichung herstellen können. Man begriff in seiner nationalen Einseitigkeit sich gegenseitig nicht und die Stunde der Aufregung erleichterte natürlich das Begreifen schon gar nicht — und doch griff ein böswillig erfundenes Gerücht, das von einer miserablen Presse unterstützt und weiter verbreitet wurde, gerade Diejenigen als die Schuldigen an, welche allein über dem

onalen Bank stehen, freilich auch am schwersten davon getroffen werden — die Internationalen.

Wir übergehen die unangenehmen Ereignisse in der Tonhalle, derartige Erzählungen haben doch keinen Nutzen, und wenn es ohnehin besser wäre, sie wären nicht passiert, so wollen wir sie nicht in einer breiten Erzählung noch einmal passieren lassen. Der nationale Fanatismus trieb dabei seine schönsten Blüten und zwischen hinein mischten sich unzweideutige Exzessen und drückten der ganzen Geschichte einen gemeinen, pöbelhaften Charakter auf.

Die Vorgänge von Freitag und Samstag Nacht stehen noch ein gutes Stück tiefer — wie sich immer aus dem Niedern das Gemeine entwickelt — die Krawalle vom 10. und 11. waren gegen die notwendigsten Organe der öffentlichen Sicherheit gerichtet und dabei traten denn auch zum Theil wirklich schon bestrafte Gauner mit in Aktion, unterstützt von einer neugierigen Menge und von Gerüchten der verschiedensten Art, die in der Aufregung von Hand zu Hand geboten, geglaubt und von verschiedenen Zeitungen wiedergegeben wurden.

Durch diese drei Sachen, die neugierige Menge, die Gerüchte und die Zeitungen (namentlich die „N. Z.“) wurde der Frosch zum Ochsen, der Straßenstandal zur „revolutionären“ Bewegung aufgeblasen, und was noch fehlte, das that noch die Böswilligkeit der Reaktionen und die Angst der Philister dazu. Dabei waren die militärischen Maßregeln so kläglich als möglich, theils in der Disposition von oben, theils in der Ausführung von unten. So wurde z. B. am Samstag Abend längs des Rathhausquais, der Münstergasse und um den Grossmünster ein großer Aufwand mit Infanterie und Kavallerie getrieben, während die Zugänge zur Strafanstalt total unbesetzt waren, und der Platz beim Zuchthaus, der in seinem ganzen jetzigen Zustande ein wahrer Revoluzer-Platz mit schon vorhandenen Barrikaden ist, der Spektakelhaare als Tummelplatz offen zur Disposition gestellt wurde. Durch Besetzung der Zugänge zur Strafanstalt hätte alles Blutvergießen erspart werden können.

Leider fiel am Freitag Abend durch einen Schuss, der in die Luft gehen sollte, ein unschuldiges Opfer: unser braver Mitgenosse August Teufel von Tuttlingen, Württemberg, Mitglied des Internationalen Schneidervereins. Er hielt sich in der Wohnung eines Freundes im dritten Stock auf, die Kugel drang durch das geschlossene Fenster in seine Brust, und mit dem Rufe: „Ich bin erschossen!“ wankte er nach einer Reibthüre in die Arme seines Mitgenossen und Freundes, wo er starb. Dienstag den 14. wurde er unter großer Theilnahme begraben. Er war ein guter Mensch.

Wir eilen zum Schlusse. Die Tage des Krawalls haben etwa 5 oder 6 Tode und eine Anzahl Verwundete gekostet. Am Sonntag langte eidgenössische Besatzung an und die letzten Tage sind vollständig ruhig verlaufen.

Angesichts verschiedener Kundgebungen, die aus verschiedenen Orten von Parteigenossen uns zugekommen sind, halten wir es für vollständig unter unserer Würde, es erst noch zu betheuern, daß unsere Partei jenen Standalgeschichten fern steht. Die reaktionäre Partei hielt es für sehr notwendig, die Schuld auf andere Schultern zu wälzen. Unsere Parteigenossen haben überall gewußt, woran sie mit uns sind, und wir werden uns auch ferner ihres Vertrauens würdig erzeigen. Den verschiedenen demokratischen und radikalen Zeitungen, die uns vertrauensvoll in Schutz genommen haben gegen die miserablen Verleumdungen der „N. Z.“ und ihres gleichgesinnten Zeitungsgelichters, sagen wir herzlich Dank.

Am Montag den 13. März trat der Kantonsrath in außerordentlicher Sitzung zusammen. Er wählte zur Prüfung der Sachlage eine Kommission von 9 Mitgliedern. Wir reichten dem Kantonsrath nachstehende Zuschrift ein, welche am Montag verlesen wurde:

„An den Tit. Kantonsrath des Kantons Zürich,
versammelt in außerordentlicher Sitzung.
Herr Präsident!
Geehrte Herren!

„Die bellagenswerthen Vorfälle der letzten Tage haben Ursache zu den verschiedenartigsten Gerüchten gegeben. Unter diesen Gerüchten gewann namentlich eines immer mehr Verbreitung und wird sogar von öffentlichen Tagesblättern weiter verbreitet und dadurch unterstützt: „Es sei die Internationale Arbeiterassoziation der Urheber und Herd dieser Ruhestörungen.“

„Wir unterzeichneten Mitglieder des Komite's der Arbeiterunion Zürich, welche die verschiedenen internationalen Arbeitergesellschaften in und um Zürich in sich vereinigt, halten es deshalb um der Ehre der Arbeiterbewegung Willen und zur Steuer der Wahrheit für notwendig, vor Ihnen, Herr Präsident! Geehrte Herren! dieses Gerücht als Unwahrheit zu bezeichnen und gegen die Weiterverbreitung desselben zu protestiren.“

„Noch an keinem Orte hat die Internationale Straßenstandale hervorgerufen oder unterstützt, und soweit es uns bis jetzt möglich war, der Sache nachzuforschen, können wir versichern, daß keines von den Mitgliedern unserer Vereine sich an den hiesigen Ruhestörungen betheiligt hat.“

„Wir müssen deshalb um so mehr wünschen, daß die Untersuchung über die Vorgänge der letzten Tage mit aller Genauigkeit geführt werde, da es sich dann um so sicherer herausstellen wird, daß unsere Vereine mit jenen Ruhestörungen nichts gemein haben.“

„Wir haben es schon oft ausgesprochen und wiederholen es gerade jetzt: Wir sind entschiedene Anhänger der jetzigen Verfassung des Kantons Zürich, wir sind fest entschlossen für die Aufrechterhaltung dieser Verfassung einzustehen und die verfassungstreuen Behörden zu unterstützen.“

„Wir protestiren deshalb entschieden gegen alle und jede Gemeinschaft mit den Ruhestörern der letzten Tage. Diefelben haben in keiner Weise den Stempel unserer Bestrebungen und Anschauungen getragen, sondern im Gegentheil einen durchaus feindschaftlichen und reaktionären Charakter gehabt.“

„Genehmigen Sie, Herr Präsident! Geehrte Herren! die Versicherung unserer Hochachtung.“

„Zürich, den 13. März 1871.
Namens der Internationalen Metallarbeiterschaft: H. Reichbach,
Mechaniker. Rud. Morf, Mechaniker.
Namens der Internationalen Sektion: Hermann Greulich.“

In der Sitzung vom Dienstag erklärte Herr Dr. Sulzer, als Referent der Kommission ausdrücklich, daß unsere

Partei völlig unbetheiligt an den Ruhestörungen sei. Im weiteren Verlauf der Debatte bewegten sich zwei Systemiker, „Herren“ so anständig und gebildet in ihren Angriffen gegen die Regierung, daß man lebhaft an die Reden der Spektakelhelden erinnert wurde. Schließlich wurde ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit großer Majorität abgelehnt, dagegen die Regierung beauftragt, dem Bundesrath mitzutheilen, daß Zürich im Stande sei, seine Ordnung aufrecht zu erhalten, und deshalb die Bundesintervention so bald als möglich aufzuheben möge.

Der größere Theil der Besatzungstruppen ist bereits entlassen. (Zürcher „Tagwacht“).

Ans Amerika.

New-York, 11. März. Während ich meine letzte Korrespondenz an den „Volkstaat“ schrieb, am Abend des 25. Januar 1871, verschied, von einem Schlagfluß getroffen, Wilhelm Weiting, geboren am 5. Oktober 1808. Vielleicht gestattet es der Raum dieser Blätter, später eine Uebersicht über sein Leben und Wirken zu geben. Heute nur die eine schuldige Bemerkung, daß er überzeugungstreuer ein revolutionärer Arbeiter bis an sein Ende geblieben und fern jedem engstirnigen Patriotismus dem und der Internationalen seine höchste Anerkennung zollte. Er hinterläßt eine Frau mit 6 unversorgten Kindern (das älteste 15 Jahre alt), zu deren Gunsten einige Gewerksvereine und hiesige Parteigenossen eine Sammlung veranstaltet haben.

Das wichtigste Vorkommniß in der hiesigen Arbeiterbewegung ist noch immer der große Ausstand der Pennsylvaniaischen Kohlenbergleute. Die Anfänge desselben habe ich in einer früheren Korrespondenz mitgeteilt, und habe nur hinzuzufügen, daß derselbe seit Mitte Januar allgemein ist und als solcher angeordnet wurde von dem Generalrath der Bergleute und Arbeiter in den Kohlenregionen — Miners and Workingmen Benevolent Association — um einige besonders hartnäckige Kompagnien von Unternehmern zum Nachgeben zu bringen, oder vielmehr sie zu nöthigen, die beschlossene Lohnherabsetzung zurückzunehmen. Die Gruben-Unternehmer und Besitzer wären und waren auch bald geneigt, Frieden zu schließen mit der großen Kohlenarbeiterassoziation, als die Transportgesellschaften, Eigentümer der Kanäle und Eisenbahnen sich ins Mittel legten und die Fracht so bedeutend erhöhten (von 2 Dollar bis zu 6 und 7 Dollar und darüber, also um das Drei- und Vierfache), daß jeder Versuch zur Arbeit in den Gruben aufgegeben werden mußte. Und jeden Versuch zur Ausgleichung beantworteten diese hellleuchtenden Muster des Privatbesitzes mit neuen Frachterhöhungen.

Manche heimische Leser des „Volkstaat“ werden vielleicht sich wundern, daß Solches möglich sei und fragen, wozu denn der Staat da sei? Nun, denen müssen wir antworten: Der Staat, dieser Staat ist eben der Bourgeoisie wegen da und die Vereinigten Staaten sind das Land der Bourgeoisie vor Allem. — Es herrscht nun große Kohlennoth in den vollreichen Küstenstädten und viel Mangel in den Kohlendistrikten unter den Arbeitern und ihren Familien. Das wird nun wacker benutzt, um über diese freche — Eisenbahn ?? o, behüte! — Arbeitergesellschaft loszuziehen, die es wagt, für ihre Mitglieder in der Ausübung eines der gefährlichsten und anstrengendsten Berufes einen erträglichen Lohn zu fordern und möglicher Weise zu erzwingen. Eine Tonne Kohlen hat während der letzten 2 Jahre in den großen Seestädten Philadelphia, New-York und Boston durchschnittlich 6 Dollars gekostet und es ist unangewiesen nachgewiesen und unbestritten, daß die Arbeiter in den Minen für die Herstellung (wenn ich so sagen darf) einer Tonne Kohlen 55—60 Cts. erhalten, d. h. eine Kleinigkeit mehr als einen halben Dollar. Und das ist den Burschen zu viel, die das Zehnfache dieses Betrags von jeder Tonne für — Nichtsthun in die Tasche stecken! Das hinter diesen Manipulationen stehende Kapital ist ein enormes und der Kampf darum hartnäckig und schwer, denn auch die obengenannte Bergarbeiterassoziation ist mächtig durch ihre vorzügliche Organisation und die bedeutende Anzahl ihrer Mitglieder, 33000, fast nur aus Fremdgeborenen bestehend. Diese Anzahl imponirt auch einigen Politikern wegen der darin befindlichen Stimmgeber und hat sie veranlaßt, auf Seite der Grubenarbeiter zu treten; unter Andern Gouverneur Geary von Pennsylvania, der sehr energisch für die Bergleute austritt und ihr Interesse nach Kräften fördert.

Auch die Gesetzgebung des Staates Pennsylvania beschäftigt sich eifrig mit der Angelegenheit und neigt sich stark auf die Seite der Arbeiter, indem sie eben ein Gesetz verfaßt, um die Eisenbahngesellschaften zur Herabsetzung ihrer Frachtsätze zu zwingen. — Die Disciplin der Grubenarbeiter ist bewundernswürdig, ihr Unabhängigkeitsgefühl und Mannesstolz sehr stark und dürfte es in den Kohlenregionen eben nicht glatt abgehen, wenn die Transportkompagnien nicht bald zur Vernunft gebracht werden.

Seit meiner letzten Mittheilung haben sich zwei neue Sektionen der J. A. A. in New-York gebildet und Vertreter in das Centralkomitee gesandt: Der sozialdemokratische Arbeiterverein (Delegat Große) und eine irische Sektion (Delegat Devoy, einer der kürzlich freigelassenen irischen Gefangenen). Die Bildung einer weiteren Sektion ist angezeigt.

In der letzten gemeinschaftlichen Sitzung des allgemeinen deutschen und des sozialdemokratischen Arbeitervereins am 12. Februar hielt Parteigenosse H. Starke (aus Basel) einen längeren Vortrag, besonders Bezug nehmend auf Arbeitszeit und sich stützend auf Marx' „Kapital.“ Die daran sich knüpfende Debatte ergab als Resultat den Beschluß: „Die kapitalistische Produktionsweise ist der Gipfelpunkt der Unterjochung des Menschen durch den Menschen.“

Die nationale Arbeiter-Union (National Labour Union) der Vereinigten Staaten verliert zusehends an Boden unter den großen Gewerksgenossenschaften und Centralkörpern. Verschiedene der größten und bedeutendsten Arbeitervereinigungen haben in jüngst abgehaltenen Kongressen es abgelehnt, sich auf dem Arbeiterkongreß der National Labour Union vertreten zu lassen; so die Maurer, die Cigarrenmacher, die Arbeiter-Assembly des Staates New-York u. a. m.

Die Arbeiter-Assembly (Workingmen's Assembly) des Staates New-York trat am 25. Januar in Albany zusammen. Dieselbe ist zusammengesetzt aus Abgeordneten der Gewerksvereine

dieses Staates. Wm. J. Jessup, der Wadere, Unermüdlige, führte den Vorsitz und wurde auch wieder zum Präsidenten für das nächste Jahr erwählt. In seiner Eröffnungsrede sagt er: „Wir sind hier versammelt zur Annahme von Maßregeln, welche unsere Lage verbessern sollen, nicht in selbstlichem Sinne, sondern zum Wohle Aller, die da arbeiten, ob Mann oder Frau, ohne Rücksicht auf Nationalität, Farbe oder Religion.“ Er berührt die ungünstigen Verhältnisse d. s. verflorenen Jahres 1870, bespricht die von den Arbeitern gewünschte Aufhebung der Contract-Arbeit in den Staatsgefängnissen und Arbeitshäusern, den besonders auf den Cigarrenmachern lastenden Druck der Ver. St.-Steuergesetze, die Nothwendigkeit der Ueberwachung der großen Wohnungslager (Tenement Houses) in den bedeutenderen Städten, die Chinesenfrage, und empfiehlt Schulzwang, sowie Organisation der Arbeiterinnen und der farbigen Arbeiter. Besondere Aufmerksamkeit schenkte die Versammlung der Einwirkung auf die Gesetzgebung des Staates New-York zu Gunsten von Gesetzen, welche die Arbeiter vorgeschlagen, worunter die folgenden: Ein Lehrlingsgesetz, Verbot des Gebrauchs alter Fässer für Lebensmittel, Examination von Dampfseilingenieuren, Kontraktarbeit in den Staatsgefängnissen, Einrichtung eines statistischen Arbeitsbureaus, Verbot der Kinderarbeit in Fabriken u. a. m. Es ward beschlossen: „Als Kooperativ-Unternehmung sei bezeichnet ein Unternehmen, in welchem jeder Theilhaber (Stockholder) nur eine Stimme habe und der Gewinn (profit) getheilt werde zwischen Kapital und Arbeit, die darin theilhaftig sind.“ Eine Steuer von 10 Cts. auf jedes Mitglied ward zur Deckung der Kosten ausgeschrieben. Dem Präsidenten (der hier die Hauptarbeit thut) ward ein Gehalt von 800 Dollars ausgeworfen und nach heftiger Debatte ein Beschluß angenommen, der die verschiedenen Arbeiterassoziationen zu gegenseitigem Beistande verpflichtet bei vorkommenden Ausständen.

Auf Antrag Ruhn's wurde ein Beschluß angenommen, der die Grundzüge und Thätigkeit der Internationalen Arbeiterassoziation anerkennt und empfiehlt mit den Schlussworten: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ Durchführung des Acht-Stunden-Gesetzes bei Staatsarbeiten u. wurde gefordert und den Lokal-Vereinigungen empfohlen, Schiedsgerichte (zwischen Arbeitern und Unternehmern) einzurichten.

Die Maurer (Bricklayers) haben auf ihrem letzten Kongreß beschlossen, statistische Erhebungen anzustellen und wird demgemäß jetzt verfahren.

Eine Delegation des hiesigen Central-Komitee's der J. A. A. begrüßte am 2. Februar die hier angelangten amnestirten irischen (Zrischen) Gefangenen. Sorge und Hubert richteten Ansprachen an Dieselben, woraus die folgenden Auszüge: „Wir bezeugen Euch unsere warmste Sympathie mit der von Euch verfolgten Sache, des Rechts des Arbeiters auf die Frucht seiner Arbeit. Wir bieten Euch die Hand der Brüderlichkeit und Waffengemeinschaft. Denn Euer Feind ist auch der Unfrige: Die Aristokratie und Bourgeoisie, die Land-Lords, Baumwollen-Lords und Fabrik-Lords, Alle verbündet, den Arbeiter des Ertrags seiner Arbeit zu berauben. Wir wünschen Euch Glück, Eure Freiheit wieder erlangt zu haben, nicht durch die Großmuth der Britischen Lords, sondern durch deren Furcht vor den Britischen Arbeitern. Wir hoffen, daß der Tag nicht fern sei, an welchem die Arbeiter auf beiden Seiten des Kanals sich die Hand der Freundschaft reichen, denn an diesem Tage wird das Schicksal unseres gemeinsamen Feindes besiegelt und die Fesseln gestreift von den Gliedern nicht bloß der Irländer, sondern der Arbeiter aller Länder.“ Die Antwort der Geflüchten betont die Wichtigkeit, welche sie der J. A. A. und ihrer Wirksamkeit, sowie ihrer Anerkennung beilegen. Eine sehr erwünschte Folge dieser interessanten Zusammenkunft ist die schon oben erwähnte Bildung einer irischen Sektion, womit hoffentlich ein weitere Breche geschossen wird in die Feste des von der Bourgeoisie gehegten und gepflegten Nationalitätsschwindels.

Die Deutsche „Arbeiter-Union“ ist beschäftigt mit Verathung und Annahme einer neuen Konstitution, die englisch-redende Workingmen-Union mit Untersuchung einer Anklage auf Betrug gegen N. B. Young, dessen schon mehrmals in diesen Korrespondenzen Erwähnung geschehen. — Das Ausbleiben des „Volkstaat“ (über 4 Wochen) hat sehr unangenehm berührt. —

Das Exekutiv-Komitee der Nationalen Arbeits-Reform-Partei (eine Abzweigung der Nationalen Arbeiter-Union) hat Ende Januar eine längere Sitzung in Washington abgehalten und die alten Forderungen wiederholt. Die ganze Organisation stützt sich oder sucht sich viel mehr zu stützen auf das Kleinbauernthum. — Eine schamlose Szene spielte sich dieser Woche im Senat der Vereinigten Staaten ab. Senator Char. Sumner, das fähigste, rechtschaffenste Mitglied des Senates, ist auf Betreiben des Präsidenten Grant seines Postens als Vorsitzender des Komitee's für auswärtige Angelegenheiten enthoben worden, um einer Kreatur Grant's Platz zu machen, und den San Domingo Annexations-Schwindel durchzusetzen. —

Nothzuchtigungen.

Es läuft die Aufforderung zu einer Petition umher, welche bezweckt, vom Oberhaupte des deutschen Reiches die Feststellung eines allgemeinen jährlichen Kirchensfestes, ohne Unterschied des Bekenntnisses, zur Feier des Sieges und der Wiedererrichtung des deutschen Reiches zu verordnen. Unter den Namen, die unter dieser Aufforderung stehen, sind gar viele, die nichts weniger als allgemeine Achtung genießen, die aber mit der herrschenden Gewalt gehen. Wir finden, daß hier schon in der Form ein großer Verstoß gemacht ist: Die Petition hätte nicht an den Kaiser, sondern an den Reichstag gerichtet werden sollen. In der Nordbund- jetzt Reichsverfassung hat zwar der Reichstag nicht jene bedeutende Stellung, die der Volksvertretung in allen konstitutionellen Staaten zugewiesen ist; aber Verpflichtungen können auch im neuen deutschen Reiche nur durch den Reichstag auferlegt werden und ohne Verpflichtung der Gemeinden und Einzelnen ist die Anordnung eines jährlichen Kirchensfestes nun einmal gar nicht denkbar. Im neuen deutschen Reiche ist zwar die Scheidelinie zwischen dem Regenten des Reichs und dem Reichsoberfeldherrn sehr unbestimmt gezogen, es möchte sogar an einer solchen Scheidelinie gänzlich fehlen; aber in diesem Falle ist doch handgreiflich, daß die Anordnung nicht vom Reichsoberfeldherrn ausgehen kann.

Ein weiterer großer Verstoß liegt darin, daß dieses Fest

ein kirchliches sein und von allen Glaubensgenossenschaften in- gehalten werden soll. Nun weiß aber doch Jedermann, der nur seine 5 Sinne beisammen hat, das Glaubensgenossenschaften etwas Ausschließendes haben und aus diesem Grunde alle Zu- muthungen von Außen zurückweisen. Von uns, die wir uns keinem Glaubensbekenntnisse anschließen, ist es wohl selbstver- ständlich, daß wir diese Ausschließung nicht billigen, aber sie be- steht nun einmal und ist anerkannt, muß also auch geachtet werden. Jede kirchliche Forderung müßte also reine Sache der Frei- willigkeit bleiben: wirklich freiwillig ist sie aber nur, wenn sie strenge Sache des Einzelnen bleibt, ohne die leiseste Einmischung oder Anordnung irgend einer Staats-, Gemeinde- oder Kirchen- behörde.

Das Stärkste und Kernste kommt aber noch. Wenn ich mit meinem nächsten Nachbar einen schweren Prozeß gehabt und denselben zu großem Schaden meines Nachbarn gewonnen hätte, was würde man von mir denken, wenn ich diesen Sieg vor Gericht alljährlich in lauter Weise in Erinnerung bringen wollte? — Ich muß ja doch auch hinfort mit meinem Nachbar leben, wir sehen Einer in des Andern Fenster, Einer in des Andern Hof — mich dünkt also, es ist besser, das Andenken des Zwistes nach Möglichkeit zu verwischen, als dasselbe alljährlich neu auf- zufrischen. — Auch die Franzosen bleiben unsere Nachbarn nach wie vor, und wir werden die früheren Geschäftsverbindungen wieder erneuern; wir werden also jedenfalls gut thun, die Er- innerungen, die für so Viele unter uns nicht minder traurig sind als für viele Franzosen, lieber auf alle Weise in Vergessen- heit bringen.

Noch Eins hat uns zu dieser Ueberschrift verlaßt. Der Magistrat der Stadt Berlin hat gemeint, daß Bismarck und Nolte nicht nach ihrem Verdienst geehrt seien, wenn sie bloß von der Stadt Berlin das Ehrenbürgerrecht erhalten. Von unserm Urtheil über die Frage oder das Maß dieses Ver- dienstes soll hier nicht die Rede sein; allein wir finden es im höchsten Grade sogar unanständig, so allen Städten Deutsch- lands den Daumen auf's Auge zu legen. Unter den gegen- wärtigen Umständen wäre es allerdings eine wohlverdiente Lektion, wenn der Berliner Magistrat von seiner Freizeid mit einer tüchtigen Ladung Körbe nach Hause geschickt würde: es gehört aber ein solcher Muth der Gesinnung dazu, wie er heute sehr selten zu finden ist. Desto ehrenvoller wird er sein, wo er zu finden ist, denn es thut alles Ernstes Noth, dieser Ver- schwendung von Auszeichnungen an die Männer des Erfolgs, nicht der Wagnisse und der Opfer, nachdrücklich entgegenzutreten, sonst wird man am Ende noch die vergessenen, deren Hausväter und Söhne aus diesem menschenverschwendischen Kriege nicht wieder heimgekehrt sind.

Nachschrift. Der Berliner Magistrat hat aber noch überboten, was wir oben nur leise andeuteten. Er hat näm- lich beschlossen: die Bewilligung von 50,000 — sage fünfzig tausend Thalern Behufs der Ausfertigung zweier kostbaren Ur- kunden. Dergleichen darf aber nie und nimmer Gegensteuerung, also erzwungener Beiträge, sondern Sache der vollen Freiwillig- keit sein. Besser wäre das Geld angewendet auf Unterstützung derer, die durch den Krieg zu Krüppeln gemacht, oder zu lan- gem, wenn nicht gar lebenslänglichem Siechtum verurtheilt sind, oder der Angehörigen derer, denen der Krieg das Leben gekostet hat. Aber selbst da muß Freiwilligkeit walten für jene, welche beim Krieg keine Stimme hatten und gegen alles Wundenschlagen waren. Aber alles Ernstes frevelhaft ist es, die freiwilligen Beiträge für Hilfszwecke im Voraus hin- auszuwerfen für Schaustellungen, deren Kosten dann durch erhöhte Steuern eingebracht werden müssen.

Wenn in den beiden Männern, denen so beispiellose Aus- zeichnungen zugehört, nur ein ganz gewöhnliches Maß von Urtheil und Sinn für öffentlichen Anstand ist — von Ehr- und Rechtsgefühl gar nicht zu reden — so müssen sie diese Auszeichnungen wie alle außerordentlichen Belohnungen zurück- weisen. Leider haben dieselben Männer in einem ganz gleichen Falle es bereits nicht gethan, haben vielmehr, statt sich zu den großen unbezahlten Felden und Staatsmännern zu stellen, sich zu den bezahlten gestellt und sich mit dem bösen Kleeblatt — Adel, Titel und Orden — ausstatten lassen, zum Beweise, daß nicht ihre Eigenschaften, nur Verhältnisse ihnen auf ein hohes Gestell verholten haben.

Im Jahre 1866 betrogen die Dotationen Bismarcks und der Generale mehrere hunderttausend Thaler (Bismarcks allein 300,000) — ihr Werk legt uns eine jährliche Mehrlast von mehr als eben so viel Millionen auf. Die Siege von 1870 werden uns noch über dieses Verhältniß eine Mehrlast ein- tragen, denn die Franzosen werden, wohl oder übel, das viele Geld, das sie — aber nicht uns — zahlen müssen, von der Genuß- und Wodensucht ihrer Reichen und Bornehmen einbringen müssen — und das von Rechtswegen — es ist aber nicht von Rechtswegen, daß wir dafür aufkommen sollen. W.

Internationale Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Berlin, 26. März. Schon seit längerer Zeit findet eine Bewegung unter den Berliner Webern, überhaupt Stuhlarbeitern statt. Die Lon- g-Ghales-Weber haben bereits ein günstiges Resultat erzielt. Ihre Forderungen bestanden in Lohnmäßigkeit und Lohnhöhe und sind dieselben, um einer Strafe vorzubeugen, von Seiten der Herren Fabrikanten bewilligt worden. Ebenso fand am 24. März eine überaus zahl- reiche Versammlung der Ghales-Tücher- und Stoff-Arbeiter statt, in welcher die Forderungen beschlossen wurden, mit welchen sich sofort an die Herren Fabrikanten zu wenden sei: erstens Bezahlung für Borrück- ten und Nebenarbeiten aller Art und zweitens 20 Proc. Lohnhöhe. So regen sich auch die Plüsch-Arbeiter. Also ist die Bewegung eine im Allgemeinen bedeutende. In Anbetracht der gerechten Forderungen, zu welchen die heutigen Verhältnisse nöthigen, wäre zu wünschen und man hofft es auch, daß es zu einem gütlichen Austrag kommt.

Unter allen Umständen wollen sich Stuhlarbeiter, bis die noch schwebenden Differenzen beglichen sind, von Berlin fern halten.

Internationale Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Augsburg, 27. März. Zu Folge gedruckter Arbeitslöhne haben wir uns genöthigt befunden, die Arbeit einzustellen, und ersuchen, ins- besondere die Fachgenossen, uns in materieller Beziehung zu unterstützen. Wir haben mehrere verheiratete Männer und Familienväter unter uns, mit 36 bis 45 Kreuzer Tagelohn, wo es nicht mehr möglich ist eine Familie zu ernähren. Wir bitten nochmals in der Hoffnung, unsere gerechten Forderungen durchzusetzen, um Ihren Bestand. Die Arbeits- einstellung beschränkt sich auf die Uhrfabrikanten-Fabrik Oberle in Augsburg. Jede Zuwendung ist an Unterzeichneten zu adressiren und werden wir im Volksstaat Rechnung legen.

Für das Comité des Vorstand Bernhard Thomann. Lange Gasse, f. 251, Augsburg.

Internationale Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Der Fremdenverkehr für Leipzig ist Pachhofgasse Nr. 5, in Stadt Mailand. Auszahlung der Reiseunterstützung Mittags 12—2 Uhr bei Oswald Stelzer Gustav-Adolphstraße 15 2 Treppen bei A. S. Franke.

Alle Briefe für die Gewerkschaft sind zu adressiren a. d. D.

Dresden, 28. März. Die Reichstagswahlen haben uns zwar nicht zu dem Ziele geführt, welches wir erreichen wollten, wohl aber uns überblicken lassen, daß die Zahl unserer Gesinnungsgenossen bedeutend gewachsen ist und daß, wenn wir unsere Thätigkeit mit erneuter Kraft entfalten, in Zukunft uns der Sieg gewiß ist. Um das ungehindert thun zu können, ist es unsere Pflicht, daß wir die aufgelaufenen Wahl- agitationskosten zunächst baldigst decken, es sind bis jetzt eingegangen 76 Thlr. 24 Ngr. 5 Pf., ausgegeben 92 Thlr. 22 Ngr. 5 Pf., es er- giebt sich somit eine Mehrausgabe von 17 Thlr. 18 Ngr., dazu kommt noch an zu zahlende Druckkosten 38 Thlr. 23 Ngr. und 2 Thlr. 20 Ngr. Agitationsgebühren an 2 Parteigenossen, so daß noch 69 Thlr. 11 Ngr. zu decken sind. Die Gesamtsumme der Kosten beläuft sich auf 133 Thlr. 15 Ngr. 5 Pf. für den 4., 5. und 6. Wahlkreis.

Es ist nothwendig, daß es sich jeder Parteigenosse zur Pflicht rech- net, dafür zu sorgen, daß diese Schuld schnellstens abgetragen wird und das Seine dazu beiträgt. Ebenso ersuchen wir die auswärtigen Par- teigenossen, welche Wahlprogramms und Stimmzettel von hier bezogen haben, dieselben bald thätigst zu bezahlen, indem ich von dem Buch- drucker schon ernstlich gemahnt worden bin.

Montag, den 17. April, soll in Gemeinschaft mit den Mitgliedern des Allg. Deutschen Arb.-Bereins Kassales Geburtsstagsfeier im Saale der Deutschen Halle stattfinden, deren Reingewinn ebenfalls zur Deckung der Wahlkosten verwendet werden soll. Es ist nothwendig, daß sich die Parteigenossen alle betheiligen, da es gilt, das Andenken an den Gründer der deutschen Arbeiterpartei zu feiern und da es das erste Mal seit unserem Bestehen ist, daß wir mit Parteigenossen, deren Haß gegen uns nur immer von oben geschürt worden, gemeinschaftlich auch bei dieser Feier zusammenwirken. Mit soc.-dem. Gruß H. Kniebing, d. J. Cassirer des Central-Wahl-Komitees des 4., 5. und 6. Wahlkreises.

Offen, 26. März. Heute hatten wir die Gelegenheit, in einer Ver- sammlung der Schweizerianer zu sein und ihre bekannte Prosa zu hören, welche waren: „Hingiger Geld.“ „Der Volksstaat hätte die blaue Republik in Frankreich für die richtigste gehalten und auch die Männer, die an der Spitze waren“ u. s. w., über solche Phrasen hatten sie gut 1 1/2 Stunde gesprochen, auch war Herr Kohl aus Homburg hier, dem sie extra geschrieben hatten und der die Urtheile gut verarbeitet hätte, und auch der bekannte Herzog der in dieser Weise was leisten kann, nämlich im Schimpfen. Diese beiden Herren haben auch ihre Pflicht gethan und ganz was Erkundliches geleistet. Als nun aber wir das Wort haben sollten, hatten sie den bekannten Kniff gemacht, die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken, was schließlich auch nach langer Gehänsel-Debatte durchging. In dieser Weise haben wir auch unsere Schuldigkeit gethan, haben Ihnen auch gesagt, daß sie in dieser Weise eine moralische Niederlage erlitten hätten. Diese Geschäfts-Debatte brachte es nun schließlich so weit, daß die Versammlung aufgelöst wurde, denn die Fanatisirtesten unter ihnen wollten nicht haben, daß sie widerlegt werden sollten. Aber lange wird es nicht werden, so wird auch hier volle Klarheit sein.

Peter Kolscherbach.

Gotha, 29. März. Gestern wurde unser Parteigenosse Sauer- teig wegen des offenen Briefes an den nationalliberalen Bürgermeister Hönersdorf No. 72 des Volksstaats 1870 wegen Verleumdung von Communalbeamten zu 30 Thalern oder 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Die Parteigenossen mögen den Brief noch einmal durch- lesen, er ist unter Brüdern 30 Thaler werth.

Der Staatsanwalt konnte der Ausführung Sauersteigs bloß entgegenlegen, daß er gar nicht begreife, wie man eine Sache vor „ge- bildeten“ Herren so ausführen könne. Wie es die Sozialdemokraten mit der Verbrüderung der Menschheit meinten, zeige jetzt Paris.

Hieraus erklärte S., daß er als Angeklagter erschienen sei, um sein Recht vor Gericht zu verteidigen und wenn seine Ausführungen dem Staatsanwalt nicht verständlich wären, so vertheile ihn das nicht; es habe jedoch Angeklagter frei, die Art seiner Verteidigung selbst zu wählen. Was die Zeitungsnachrichten aus Paris betrefte, so schiebe die deutsche Bürgerpresse die Schuld den Internationalen in die Schuhe. Nach seiner Einsicht wollten die Pariser nichts weiter als sich die Re- publik erhalten, um die sie von Thiers und Genossen wieder betrogen werden sollten.

Der Hr. Staatsanwalt hat noch die Versicherung gegeben, daß gegen die Sozialdemokraten stets nachdrücklichst vorgegangen werden solle, daß es aber auch denselben freistünde, Ungehelichkeiten der Polizei zur Anzeige und Beweismittel beizubringen.

Wenn auch nachstehender Fall nicht gegen die Polizei ein Vor- gehen nach sich zöge, so wäre es ein Fall, der im Rechtsstaat nach- drücklich strafrechtlich verfolgt werden müßte.

Polizei = Spiegel.

Frauenhausen, 21. März. In der Restauration des Günther Bogel verkehrten weiter nichts als Arbeiter, die gern ihren Abend (wenn es die Mittel erlauben), im ernsten Männergespräch verbringen. Und so ist es für Parteigenossen ein Bedürfniß geworden, regelmäßig einige Abende in der Woche dort zuzubringen. Die städtische Polizei weiß dies Alles, da es für Niemand hier ein Geheimniß ist. So kam die Wahl zum Landtag, wo A. Welke als Abgeordneter hervorzog. Als der Waalast vorbei war, ging Welke mit verschiedenen Parteigenossen, wohl 30 an der Zahl, in Vogel's Lokal. Denselben Abend kamen nach 11 Uhr noch drei junge Burche, welche angetrunken waren, an das Lokal und forderten Einlaß, der Wirth will nicht öffnen, man giebt gute Worte, es wird darauf geantwortet, sofort sangen diese drei mit fremden Zugereisten eine Prägelei an, wobei sie aber den kürzern ziehen und froh sein müssen, daß sie nur wieder an die Luft gesetzt werden.

Des andern Tags wird, von einer gewissen Seite, sehr stark Er- fundigung angezogen, ob Welke bei dem Skandal betheiligigt gewesen sei. Das war indes nicht der Fall. Ob nun — jedoch wollen wir dieses hier nicht erörtern — die drei Burche von einer gewissen Seite geschickt waren oder nicht, kurz und gut, vier Wochen darauf bekommt Vogel in sein Lokal eine Polizei-Berordnung, wonach jeder Gast um 10 Uhr das Lokal verlassen soll, bei 2 Thlr. Strafe; sind nach 10 Uhr noch Gäste da, so wird Vogel mit 5 Thlr. bestraft, aus dem Grunde, weil Vogel nicht den guten Willen (?) habe, die Ruhe in seinem Lokal aufrecht zu erhalten.

Auch hat Vogel, nach den Worten des Oberbürgermeisters Müller, die Concession vom Landratsamt „unterthänigst erhalten.“ Ob Vogel auch das Geld für die Concession „unterthänigst“ bezahlt hat?

Auch ein Friedenslied.

Der Frieden ist da, der Frieden, herrsch, Der Frieden!
Es lächelt der Kriegsgott und ruhet sich aus,
Er lächelt — uns aber erfüllt ein Graus
Vor dem, was er gnädig beschieden.
Der Frieden ist da, tra la,
Der Frieden!
Es klattern die Fahnen in lustigem Reich,
Sie grüßen manch' Antlitz, das finstler und bleich,
Der Tod, doch die Roth nicht gemieden.
Der Frieden ist da, der Frieden, ach ja,
Der Frieden!
Es jauchzen die Völker, sind Ambos ja gern,
Denn Hammer zu sein gebührt nur den Herrn,
Die solch' einen Frieden uns schmieden.
Der Frieden ist da, der Frieden, ha ha,
Der Frieden!
Es loht seine Stimme, doch eh' sie verflingt,
Ein glühender Blitzstrahl die Lüste durchspringt
Und löst seine Donner entbieten.

Briefkasten

der Redaktion: Nürnberg 5. in nächster Nummer, „F.“ dito. — Die bei Liebkecht und Hoyer konfirmirten und jetzt wieder freigegebenen Manuskripte werden nunmehr, so weit sie nicht bereits antiquirt sind, veröffentlicht werden. — Der Ausschuß bittet um eine Adresse nach Regingen.

der Expedition: L. M. Nürnberg. Annonce pro Zeile 1 Sgr. — R. K. Elberfeld. Am billigsten und bequemsten abonniren Sie bei der Post. — Siegburg: 14 Gr. für Schriften erhalten. —

An die Parteigenossen.

Für den Volksstaat sind ferner eingegangen: D. J. in Nürnberg von M. in Wögelndorf 1 Thlr.*

Für die Partei.

K. H. Götz 8 Thlr.*

Für die Familien der Inhabitirten.

Durch H. D. in Breslau 1 Thlr. — Durch A. Mauchau 20 Ngr. R. Leipzig 18 Ngr.

Für den Wahlfond.

1 Thlr. v. Bacht durch D. Leipzig.*

Die mit * bezeichneten Summen sind direkt an den Parteifassirer Theodor Burkhardt, Johannisgasse 6—8 E. III. Leipzig, einge- gangen.

Die Filial-Expeditionen betreffend.

Da bis jetzt kein Quartalschluß vergangen ist, ohne daß wir nicht die Erfahrung hätten machen müssen, daß bald hier bald dort Blätter, welche wir zur größeren Bequemlichkeit der Parteigenossen an einzelnen Orten Filial-Expeditionen zum Ver- trieb übergeben haben, unbezahlt blieben, sehen wir uns veran- laßt, unter Hinweis auf die bezüglichen Beschlüsse des Stutt- garter Kongresses und unter Zustimmung des Partei-Ausschusses nachstehendes Reglement zu veröffentlichen.

Wir bemerken dabei, daß diese Bestimmungen für diejen- igen Filial-Expeditionen, welche jetzt schon bestehen, wie für solche, die noch entstehen sollten, vom 1. April ds. Js. volle Gültig- keit haben.

Reglement.

§ 1. Eine Filial-Expedition wird nur dann gegründet, wenn die Parteimitglieder an dem Ort, wo die Gründung derselben stattfinden soll, sich verpflichten, die Kontrolle zu übernehmen und für pünktliche und volle Erfüllung der Verpflichtungen an die Haupt-Expedition einzustehen.

§ 2. Jede Filial-Expedition erhält eine beliebige große An- zahl Exemplare regelmäßig zugesandt, jedoch nicht unter 20. Für je 26 Exemplare einer Nummer haben dieselben 10 Sgr. = 35 kr. südd. Währung zu bezahlen und erhalten auf je 20 Exemplare 1 Frei-Exemplar.

§ 3. Das Porto für die Pakete haben die Filial-Expedi- tionen zu tragen, es erfolgt deshalb die Sendung von der Haupt-Expedition unfrankirt.

§ 4. Der Betrag für die verkauften Blätter ist am Ende des Quartals nach obiger Berechnung (§ 2) franko an die Haupt-Expedition einzufenden.

§ 5. Ist nach Verlauf von 8 Tagen des neuen Quartals der Betrag für das vorhergehende nicht berichtigt, so wird die betreffende Filial-Expedition und Mitgliedschaft schriftlich aufge- fordert, binnen weiteren 8 Tagen die Angelegenheit in Ordnung zu bringen. Bleibt diese Mahnung fruchtlos, so werden die Sendungen ohne Weiteres eingestellt und die Thatsachen im Par- teiorgan veröffentlicht.

Wir wiederholen, daß obige Bestimmungen von jetzt ab von uns strengstens eingehalten werden und ersuchen deshalb die Mitgliedschaften, wo Filial-Expeditionen bestehen, uns binnen 14 Tagen anzuzeigen, ob sie geneigt sind die in obigem Regle- ment niedergelegten Verpflichtungen zu übernehmen.

Leipzig, den 31. März 1871.

Die Expedition des „Volksstaat“

Peterstraße 18.

Für Dresden.

Montag, den 17. April, Abends 8 Uhr

Geburtsstagsfeier Ferdinand Lassalles

im Saale der deutschen Halle.

Die Parteigenossen werden ersucht sich alleammt zu betheiligen und ihre Liebertheile mitzubringen. Diejenigen, welche noch keine haben, können solche durch H. Kniebing, Christianstr. 16 IV., beziehen.

Das Fest-Komitee.

Für Weimar.

Jeden Dienstag Abends 8 Uhr demokratische Partei-Versammlung im Schwan 1 Treppe hoch.

Alle Gesinnungsgenossen werden gebeten pünktlich zu erscheinen.

Für Weimar.

Die Freunde der Partei in hiesiger Stadt und Umgegend bitten freiwillige Beiträge für die Partei-Kasse oder für die Familien unserer Gefangenen an mich gelangen zu lassen.

Quittung über diese Beiträge folgen „Volksstaat“.

G. Kettel jun.

Schloßgasse 14.

Herr Schumacher Steiner, bisher in Nürnberg (Vorstadt Stein- bühl) in Condition, wird ersucht, mir seinen Aufenthalt anzuzeigen resp. seinen Verpflichtungen gegen mich nachzukommen.

Leonhard Müller

Gastwirth zum Goldenen Baum in Nürnberg

L. B. in Nürnberg ersucht die Expedition des „Proletarier“ um Aufschluß über den Fabrikartikel, der am 13. d. M. an J. F. abge- sandt worden ist. —

Der Grimmschauer

„Bürger- und Bauernfreund“

(Vorg. Zeitungskatalog, VIII. Nachtrag, Nr. 198a)

wochsmal wöchentlich erscheinendes Organ der Demokratie, kostet 10 Ngr. vierteljährlich incl. Postgebühren, und bringt besonders: zahlreiche Nachrichten aus Sachsen und Thüringen, Original- Leitartikel und Original-Requisiten.

Inserate 1/2 Ngr. pr. dreimal gebaltene Zeile.

Durch die Expedition des „Volksstaat“ ist zu beziehen:

Nationalökonomisches. II. Vortrag von J. Diezgen. 30 Stück

10 Gr. = 35 fr.

Telegramm.

Braunschweig, 30. März. Nach 29wöchent- licher Haft wurden wir heute entlassen, weil der Aus- klagenrat des Obergerichts Wolfenbüttel für Hoch- und Landesverrath die Richterhebung der Anlage beschlossen. Hoch die Sozialdemokratie! — Vonhorst, Brade, Ehlers, Gralle, Kühn, Spier.

Welche Fügung durch Gottes Gnade!

Leipzig: Berantw. Redacteur in Vertretung: Carl Hirsch (Redaktion

Emilienstr. 2.) Druck u. Verlag: F. Ebhardt (Expedition: Peterstr. 18.)